

Die ersten 100 Tage der neuen Landesregierung / Bildungspolitische Erfolgsmeldungen – Aber:

IN DER HAUPTSACHE KOMPROMISSLOS

Die Regierungskoalition von CDU und FDP startet unter Kultusminister Bernd Busemann furios. In den ersten 100 Tagen bringt sie zwei ihrer zentralen Vorhaben in der Schulpolitik über die Bühne: die Beratung der Schulgesetznovelle und die zusätzliche Ausschreibung von 2500 Stellen.

Die Gleichzeitigkeit hat etwas. In allen Regionen des Landes sind Schulen, Bezirksregierungen und Personalvertretungen damit beschäftigt, den unerwartet hohen Bewerberstrom in Niedersachsen auf 4500 ausgeschriebene Stellen zu lenken, die Bewerberinnen einzuladen und auszuwählen. Das befriedigende Gefühl, dass nun auf einen Schlag viele junge und auch nicht mehr ganz so junge Kolleginnen und Kollegen in die Schulen kommen, ist allenthalben spürbar. Ein guter Start für Minister Busemann, die Absichtserklärung aus den Wahlen nun auch angesichts der angespannten Haushaltslage im Kabinett durchzusetzen.

Bei der Beratung der Schulgesetznovelle in und nach der Anhörung zeigt sich ebenfalls das neue Gesicht der Schulpolitik. Es ist auffällig, wie verbindlich und konzilient die Vertreter/innen der Regierung und der Fraktionen Gespräche führen, wie pragmatisch sie dabei im Kultusausschuss Anregungen der Opposition in Einzelfragen aufnehmen und die Schulgesetznovelle und die Verordnungsentwürfe modifizieren. Auch auf diese Weise erzeugen die Koalitionäre Zufriedenheit.

PRAGMATISCH UND IDEOLOGISCH ZUGLEICH

Ihr Hauptanliegen setzen sie dabei knallhart und kompromisslos durch: Die schnellstmögliche Einführung des gegliederten Schulsystems ab Klasse

Info-Telefon zur Auflösung der Orientierungsstufe

Die Auflösung der Orientierungsstufe ist mit einem Wechsel der Lehrkräfte an andere Schulen verbunden. Fragen zu diesem Thema beantworten GEW-Mitglieder aus den Schulbezirkspersonalräten und dem Schulhauptpersonalrat am

**Dienstag, 1. Juli, 16 – 19 Uhr
und
Mittwoch, 2. Juli, 16 – 19 Uhr
am Info-Telefon der GEW:
(05 11) 3 38 04 43**



Zehntausende von Menschen nahmen an den Demonstrationen und Kundgebungen des DGB am 24. Mai u. a. in Hamburg, Leipzig, Nürnberg und Hannover teil. Ihr Motto: „Reformen ja – Sozialabbau nein danke!“, Auf unserem Foto der Demonstration in Hannover.

Foto: Richard Lauenstein

5, die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit und das Verbot, neue Gesamtschulen einzurichten. Kosten, Folgen und Nebenwirkungen geraten fast aus dem Blick. Der Hinweis auf den kleingedruckten Beipackzettel wirkt bei so viel Freundlichkeit fast ungehörig.

Einige Bemerkungen führender Politiker der CDU/FDP-Koalition machen darauf aufmerksam, dass ihre Schulpolitik im Kern keineswegs nur so pragmatisch ist, sondern an engen ideologischen Mustern festhält. So verkündet Minister Busemann: „Mit der Abstimmung über das Schulgesetz im Juni dieses Jahres ist die schulpolitische Debatte um die Schulstruktur endgültig beendet.“

Das hohe Tempo der Abschaffung der OS sei notwendig, damit die Umwandlung „möglichst frühzeitig gewährleistet ist und die verlorene Zeit in der Orientierungsstufe ihr Ende hat“. Auf eine Landtagsanfrage der SPD-Fraktion, die wissen wollte, ob die Koalition denn tatsächlich Gesamtschulgründungen ausnahmslos verbieten will, antwortet das Ministerium, Gesamtschulgründungen müssten verhindert werden, weil „jede Gesamtschulgründung die Qualität des niedersächsischen Bildungswesens verschlechtert“.

Zwei Argumente sollen belegen, dass die Ideologie der „begabungsgerechten Schulstruktur“

kein hinterwäldlerisches Gewächs aus Niedersachsen ist.

Die Stärkung der Gliedrigkeit des Schulsystems und der Verkürzung der gymnasialen Schulzeit sind Teil eines inzwischen dominanten schulpolitischen Trends in der Bundesrepublik. In neun der 16 Bundesländer wird er verfolgt, neben den traditionell konservativ geprägten Bundesländern Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen und Thüringen in den Ländern, in denen die CDU die politische Macht von der SPD übernommen hat, also im Saarland, in Hessen, Hamburg, Sachsen-Anhalt und Niedersachsen. Sozialdemokratisch regierte Länder halten zum Teil an ihren eigenen Konzepten fest, zum Teil suchen sie neue Wege, die sich der CDU/FDP-Politik annähern.

Dies ist die letzte EuW-Ausgabe vor den Ferien. Vorstand und Redaktion wünschen deshalb bereits jetzt allen Mitgliedern der Organisation und allen Leserinnen und Lesern unserer Zeitung erholsame Ferien und einen erfolgreichen Start in das Schuljahr 2003/2004.



Dieser Trend entspricht der in der Agenda 2010 neu definierten Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesregierung, die mehr auf eine verstärkte soziale Segregation der Gesellschaft setzt. Sozialer Ausgleich, Abbau der Chancenungleichheit ist nicht mehr gefragt. Im Gegenteil, es soll über den Staat mehr Ungleichheit hergestellt werden.

KOSTEN UND NEBENWIRKUNGEN

2500 Stellen kosten die Abschaffung der OS und die Einführung des Turbogymnasiums, wenn man die verschiedenen Effekte aufsummiert und den Zeitraum bis zum Jahr 2012 betrachtet. Zu den Einzelheiten siehe Seite 4 dieser Ausgabe. Im Kern liegt der höhere Personalbedarf daran, dass die Klassen 5 und 6 künftig an Schulen geführt werden, die eine geringere Zügigkeit aufweisen als die Orientierungsstufen sowie an der geringeren Arbeitszeit der Lehrkräfte am Gymnasium. Der höhere Wochenstundenansatz des Turbogymnasiums erfordert insgesamt 1000 – pro Schuljahr 125 zusätzliche Lehrkräfte – bis der erste Jahrgang das Abitur im 12. Schuljahrgang ablegt.

Ist es boshaft, die Zusatzeinstellungen diesem zusätzlichen Personalbedarf gegenüberzustellen? Die Umsetzung des alten Schulgesetzes hätte zwar ca. 1500 Stellen weniger Zusatzpersonal erfordert. Die alte Regierung hatte allerdings keine zusätzlichen 2500 Stellen vorgesehen und 700 Stellen noch nicht finanziert.

SAMSTAGS ODER NACHMITTAGS?

Samstagsunterricht wieder einführen oder Unterricht an drei Nachmittagen? Vor dieser Entscheidung stehen die Kollegien und die Eltern der Gymnasien ab 2004. In jedem Fall werden die Beförderungskosten höher. Bei der Nachmittagslösung werden für die 60 bis 90 Minuten Mittagspause eine Mensa und Freizeiträume gebraucht, muss die Zahl und Dauer der Aufsichten erweitert werden. Wenn der Standard von Ganztagschulen angewendet würde, brauchte man zusätzliches Personal, um sinnvolle Freizeitangebote zu machen. Immerhin sind die Schülerinnen von 8.00 bis 16.00 Uhr in der Schule.

Ob sich diese Nebenwirkung des Turbogymnasiums bei den Kollegien und den Schulträgern schon herumgesprochen hat? In den vorliegenden Papieren über die haushaltsmäßigen Auswirkungen der Schulgesetznovelle fehlt dieser Aspekt. Selbstverständlich lassen sich diese Aufgaben lösen. In der Übergangszeit wird es nach den Erfahrungen in anderen Bundesländern nicht so glatt laufen und die Regierung ist in der Pflicht, ihre Hausaufgaben zu machen.

NOCH MEHR FRUST ÜBER FEHLENDE HOMOGENITÄT

Über die Wirkungen der vorgezogenen Schulaufbahnentscheidung und die Verschärfung der Übergangskriterien auf die weiterführenden Schulen hat EuW ausführlich berichtet. Das soll hier nicht wiederholt werden. Erstaunlich ist schon, wie froh von den Koalitionären die Erwartung formuliert wird, dass über Standards, vorgezogene Zensuren und zentrale Vergleichsarbeiten in Klasse 3 oder 4 nun endlich eine effektivere Leistungssortierung erreicht werden kann, so dass es in der Sekundarstufe I leistungshomogene Lerngruppen geben soll.

Prof. Andreas Schleicher kommentiert diese Erwartung mit der bissigen Bemerkung, nach Einführung des leistungseffektiver organisierten Übergangs wären noch mehr Lehrerinnen und Lehrer enttäuscht, dass es die leistungshomogenen Klassen immer noch nicht gibt. Sie würden dann noch weniger Skrupel haben, die Homogenität durch Sitzenbleiben und Abschulen herzustellen versuchen.

AUF DIE HAUPTSCHULE ACHTEN

In Kultusministerium wird mittlerweile an neuen Grundsatz- und Organisationserlassen für die Grundschule und die weiterführenden Schulen gearbeitet. Später sollen die Rahmenrichtlinien neu gefasst und an Standards angelehnt werden. Die Tendenz ist durch die Schulgesetznovelle vorgegeben, auch wenn Arbeitsaufträge noch nicht im Einzelnen festgelegt sind.

Die GEW wird gemeinsam mit dem Bildungsbündnis und dem DGB den Versuch unterneh-

men, auf diese Arbeit Einfluss zu nehmen. Wenn nämlich die derzeit bestehenden Überschneidungen in den Studentafeln, im Fächerangebot und in den Curricula abgebaut werden, stehen die Durchlässigkeit und die Anschlussfähigkeit zwischen den Schulformen nur noch im Gesetz und in der „Durchlässigkeitsverordnung“ – faktisch werden sie aufgehoben.

Insbesondere müssen wir auf die Zukunft der Hauptschule achten. Wenn ein Konzept der Praxisorientierung umgesetzt wird, wie sie von niedersächsischen Handwerksvertretern verstanden wird – ein Tag pro Woche im Betrieb –, drohen die allgemeinbildenden Inhalte, auch Mathematik, Naturwissenschaften, so stark zurückgedrängt zu werden, dass Hauptschulabsolventen beispielsweise von der Ausbildung in Elektro- und Metallberufen ausgeschlossen werden. Eine Alternative in sinnvoller polytechnischer Bildung ist auch für die auszubildende Wirtschaft von Interesse.

VERFALLSDATUM DER KONSERVATIVEN STRUKTURENTSCHEIDUNG

Es wird sich in den nächsten Jahren zeigen, ob unsere Annahme zutrifft, dass das starr gegliederte Schulsystem die Bildungschancen für viele verschlechtert, dass die Zahl der höheren Schulabschlüsse auf diesem Wege nicht erweitert wird und dass die soziale Ungleichheit der Bildungschancen zunimmt.

Die Wette gilt, dass das wachsende Interesse an einer gemeinsamen Schule bis zum 10. Schuljahrgang, dass der Elternwille für Gesamtschulen von der CDU/FDP-Koalition nicht für die Dauer dieser Legislaturperiode zu unterdrücken ist. Weil viele Schulträger durchrechnen, auf welche Weise sie ein vollständiges Schulangebot mit allen Bildungsgängen bei rückläufigen Schülerzahlen finanzieren können, wird auch in der CDU und FDP ein pragmatischer Umgang mit der Zulassung von Gesamtschulen nahe liegen. Wie lange werden sie sich dagegen sperren? Welchen Weg aus der selbst gestellten Falle werden sie finden?

UND DIE KONSEQUENZEN?



EIN KOMMENTAR VON TORSTEN POST

Manchmal sind ja auch auf Seiten des Arbeitgebers vernünftige Töne zu hören. So zumindest in Teilbereichen gerade geschehen im aktuellen Bericht der Bund-Länder-Projektgruppe „Eindämmung von Frühpensionierungen“.

Zwar gehen nach diesem Bericht die Anteile der vorzeitigen Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit in den Ländern etwas zurück (Lehrkräfte: von 64% (2000) auf 54% (2001); zum Vergleich: alle Landesbeamte 2001: 42%), aber die Projektgruppe stellt ganz richtig fest: „Der Lehrerbereich hat nach wie vor den größten Anteil an Dienstunfähigkeit. Ursächlich sind, nach Auffassung der Länder, vor allem gestiegene berufsspezifische Anforderungen. Lehrkräfte müssen häufig zu ihren eigentlichen Bil-

dungsaufgaben vermehrt schwierige Erziehungsaufgaben übernehmen. Dies ist mit erheblichen Belastungen verbunden und führt zu der hohen Zahl psychischer oder psychosomatischer Erkrankungen.“

Und auch eine weitere Aussage im Bericht ist interessant: „Bund und viele Länder messen den Altersteilzeitregelungen eine erhebliche Bedeutung für die sinkende Zahl vorzeitiger Ruhestandsversetzungen bei.“

Nach Auffassung der Bund-Länder-Projektgruppe kommt es neben der konsequenten sachgerechten Anwendung des rechtlichen Instrumentariums vorrangig auf eine zielgerichtete Prävention durch die Dienstherren an, um Frühpensionierungen spürbar zurückzudrängen. Zum Bereich der Lehrkräfte wird ausgeführt: „Die zunehmende psychische Beanspruchung im Lehrerbereich bei einem gleichzeitig steigenden Durchschnittsalter führt gerade bei diesem Personenkreis zu einem hohen Anteil der Dienstunfähigkeit. Eine gewisse Entlastung älterer Lehrerinnen und Lehrer könnte möglicherweise durch einen ermäßigten Regelstundensatz sowie durch modular pädagogisch und psychologische Fortbildungsangebote erreicht werden.“

So weit, so gut – jetzt fehlen nur noch die praktischen politischen Konsequenzen: Die Altersteilzeitregelung verlängern oder analoge Formen der Entlastung einführen, die bisher zaghaften Ansätze zum Arbeits- und Gesundheitsschutz im Bildungsbereich ausbauen und eine qualitativ hochwertige Fortbildung unter verbesserten zeitlichen Rahmenbedingungen installieren. Dies wäre nicht nur ein Fortschritt für Pädagoginnen und Pädagogen, sondern würde auch dem gesamten Bildungssystem nützen und sich letztlich auch für den Arbeitgeber rechnen. Allerdings kann eine Lösung nicht allein darin gesehen werden, die Älteren zu entlasten. Eine echte Prävention muss bereits bei den Jüngeren beginnen. Die erzwungenen Arbeitszeitkonten sind dabei genau der gegenteilige Weg. Die zukünftig sinkenden Schülerzahlen müssen deshalb genutzt werden, die Arbeitsbedingungen grundsätzlich zu verbessern.

Der „Tag der Bildung“ am 27. Juni kann auch ein guter Rahmen dafür sein, wieder einmal – es kann gar nicht zu oft sein – die schlechten Rahmenbedingungen in der Bildung zu thematisieren: Qualität in den Bildungseinrichtungen ist nur mit guten Arbeitsbedingungen zu erreichen.